

# „Das ist ein Gesetz zum Einschüchtern“

**E**igentlich müsste ein Sturm der Entrüstung durchs Land fegen“, meint Guido Westerwelle. Denn das gestern vom Bundestag beschlossene Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung von Telefongesprächen stelle „alle unbescholtenen Bürger dieses Staates unter Generalverdacht“. Wenn die Behörden wüssten, „wer wie lange mit wem von wo aus telefoniere“ und diese Daten dann auch noch lange gespeichert werden, sei eine Ausschnüffelei nicht mehr auszuschließen. „Dieses Gesetz ist ein Einschüchterungsgesetz und legt die Axt an die Presse- und Meinungsfreiheit. Es wird die Arbeit von Rechtsanwälten, Ärzten und Journalisten sehr belasten.“

Westerwelle unterstützt ausdrücklich die Klage gegen das Gesetz, die Parteikollegen wie Hermann-Otto Solms oder Gerhart Baum eingereicht haben: „Der Bundestagsbeschluss ist hier noch nicht das letzte Wort. Ich setze darauf, dass das Bundesverfassungsgericht wieder die Maßstäbe zurechtrückt.“

Dieses Gesetz ist für den FDP-Bundesvorsitzenden und Chef der Bundestagsfraktion nur ein Indiz dafür, dass



## IM GESPRÄCH

### GUIDO WESTERWELLE

Die Große Koalition beschleunigt den bereits von Rot-Grün eingeleiteten Abbau von Freiheitsrechten, fürchtet der FDP-Bundesvorsitzende. Bestes Beispiel: Das gestern beschlossene Gesetz zur Speicherung von Telefondaten.

die Große Koalition jenen Abbau von Bürgerrechten noch beschleunige, den die rot-grüne Koalition bereits mit den Anti-Terror-Gesetzen eingeleitet habe: „Da wird inzwischen wirklich an der Verfassung gehobelt.“ Leider bemerkten aber die Bürger oft gar nicht, wenn über die Verteidigung der Pressefreiheit geredet werde, dass es um ihre ganz persönlichen Freiheitsrechte gehe.

Am heutigen Sonnabend trifft sich Westerwelle mit 395 Kreisvorsitzenden seiner Partei aus der gesamten Republik in Hannover, um die Strategie der FDP für die kommenden Jahre zu besprechen. Der Kampf gegen den drohenden

Überwachungsstaat ist in dieser FDP-Strategie ein festes Element.

Mit derselben Schärfe indes kritisiert Westerwelle die Sozialdemokratisierung der Union, die nach seinen Worten dazu führe, dass „die ganze Parteienlandschaft nach links“ rutsche. Die jüngsten Parteitagbeschlüsse der SPD, die sich wieder zum demokratischen Sozialismus bekenne, tun nach seinen Worten ein Übriges, diesen „Linksrutsch“ zu beflügeln. „Wir werden uns verstärkt an enttäuschte Anhänger von Union und SPD wenden, die den Weg in Richtung mehr Staatswirtschaft nicht mitgehen wollen“, sagt der Vorsitzende zur Stra-

tegie seiner Partei – vor allem in der Steuer- und Wirtschaftspolitik.

Für Westerwelle ist es bestürzend, dass die bessere Konjunktur die regierenden Parteien zur „Rückkehr in den Verteilungsstaat“ veranlasse, anstatt Steuern und Abgaben zu senken und für mehr „Leistungsgerechtigkeit“ zu sorgen. Westerwelle weist in diesem Zusammenhang auf das Herbstgutachten des Sachverständigenrates hin, der gerade in konjunkturell günstigen Zeiten zu einer Weichenstellung rate, um in konjunkturell schwachen Zeiten handlungsfähig zu bleiben.

„Die Bürger müssen nur einmal die Netto-Frage stellen – die Frage, was ihnen vom Aufschwung netto übrig bleibt“, sagt der FDP-Chef – und beantwortet die Frage selbst: „Die jetzige Regierung hat dafür gesorgt, dass eine vierköpfige Familie in diesem Jahr rund 1600 Euro netto weniger im Portemonnaie hat als ein Jahr zuvor.“ Denn durch Mehrwertsteuererhöhung, Kürzung der Pendlerpauschale und andere Maßnahmen habe der Staat „richtig kräftig zugehakt“.

MICHAEL B. BERGER